069733/EU XXIV.GP
Eingelangt am 17/01/12

**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

DE

18720/11

(OR. en)

PRESSE 502
PR CO 82

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3138. Tagung des Rates

Allgemeine Angelegenheiten

Brüssel, den 16. Dezember 2011

Präsidentin **Elzbieta BIENKOWSKA**
Ministerin für Regionalentwicklung
(Polen)

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 8847 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu http://www.consilium.europa.eu/Newsroom

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

Die Tagung bot den für die Kohäsionspolitik der EU zuständigen Ministern eine erste Gelegenheit, kohäsionspolitische Fragen zu erörtern. Die Minister waren sich darin einig, dass Treffen in dieser Zusammensetzung im Rahmen des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) sehr nützlich sind und durchaus wiederholt werden sollten, da die Kohäsionspolitik dadurch stärker ins Blickfeld der Politik gerückt wird.

Auf der Tagung wurde die ***Kohäsionspolitik*** *der EU im Zeitraum 2014 bis 2020 erörtert. Der Rat nahm Kenntnis von einem Sachstandsbericht des Vorsitzes und führte eine Orientierungsaussprache über die strategische Programmplanung und die themenbezogene Schwerpunktsetzung ("thematische Konzentration").*

Die Minister erzielten weitgehendes Einvernehmen über den Status von strategiepolitischen Dokumenten und gelangten zu einer übereinstimmenden Auffassung in der Frage, wie viel Flexibilität bei der thematischen Konzentration von Maßnahmen notwendig ist.

INHALT[1]

TEILNEHMER **4**

ERÖRTERTE PUNKTE

KOHÄSIONSPOLITIK 6

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

keine

[1]
- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschließungen vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates http://www.consilium.europa.eu eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

TEILNEHMER

Belgien:	
Rudy DEMOTTE	Ministerpräsident der Wallonischen Region Ministerpräsident der Französischen Gemeinschaft
Bulgarien:	
Tomislav DONCHEV	Minister für die Verwaltung der Mittel der Europäischen Union
Tschechische Republik:	
Daniel BRAUN	Erster Stellvertreter des Ministers, Ministerium für Regionalentwicklung
Dänemark:	
Nicolai Halby WAMMEN	Minister für europäische Angelegenheiten
Deutschland:	
Bernhard HEITZER	Staatssekretär, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Estland:	
Siim Valmar KIISLER	Minister für regionale Angelegenheiten, Delegationsleiter
Irland:	
Brendan HOWLIN	Minister für öffentliche Ausgaben und Reformen
Griechenland:	
Georgia KOUKOULOPOULOU-ZEMPILIADOU	Sondersekretärin des NSRF, Ministerium für Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit und maritime Angelegenheiten
Spanien:	
Diego LÓPEZ GARRIDO	Staatssekretär für die Europäische Union
Frankreich:	
Bruno LE MAIRE	Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei, ländliche Angelegenheiten und Raumordnung
Italien:	
Fabrizio BARCA	Minister, zuständig für den territorialen Zusammenhalt
Zypern:	
Andreas MAVROYIANNIS	Stellvertretender Minister beim Präsidenten der Republik für europäische Angelegenheiten
Lettland:	
Andris VILKS	Minister der Finanzen
Litauen:	
Rolandas KRISCIUNAS	Stellvertretender Minister der Finanzen
Luxemburg:	
Christian BRAUN	Ständiger Vertreter
Ungarn:	
Enikő GYŐRI	Staatssekretärin, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten
Malta:	
Marlene BONNICI	Ständige Sekretärin im Amt des Premierministers, zuständig für die Mittelverwaltung
Niederlande:	
Henk BLEKER	Staatssekretär für Wirtschaft, Landwirtschaft und Innovation
Österreich:	
Andreas SCHIEDER	Staatssekretär, Bundesministerium der Finanzen
Polen:	
Elzbieta BIEŃKOWSKA	Ministerin für Regionalentwicklung
Marceli NIEZGODA	Unterstaatssekretär, Ministerium für Regionalentwicklung

Portugal:	
António ALMEIDA HENRIQUES	Beigeordneter Staatssekretär für Wirtschaft und Regionalentwicklung
Rumänien:	
Leonard ORBAN	Minister für auswärtige Angelegenheiten
Slowenien:	
Bojan SUVOROV	Staatssekretär, zuständig für kommunale Selbstverwaltung und Regionalpolitik
Slowakei:	
Jan FIGEL	Stellvertretender Premierminister und Minister für Verkehr, Post und Telekommunikation
Finnland:	
Jyri HÄKÄMIES	Minister für Wirtschaft
Schweden:	
Annie LÖÖF	Ministerin für Unternehmen und regionale Angelegenheiten
Vereinigtes Königreich:	
Mark PRISK	Staatsminister für Unternehmen

.....

Kommission:	
László ANDOR	Mitglied
Johannes HAHN	Mitglied

.....

Kroatien:	
Ivana MALETIĆ	Staatssekretärin, Ministerium der Finanzen

ERÖRTERTE PUNKTE

KOHÄSIONSPOLITIK

Der Rat nahm Kenntnis von einem Bericht des Vorsitzes zum Stand der bisherigen Beratungen über ein Legislativpaket zur Kohäsionspolitik der EU für den Zeitraum 2014 bis 2020 (*18097/11*).

Er führte eine Orientierungsaussprache über die strategische Programmplanung und die thematische Konzentration und lieferte damit Vorgaben für die Verhandlungen über die Kommissionsvorschläge. Während des Mittagessens berieten die Minister ferner über die Frage der Konditionalität.

Der Vorsitz unterrichtete den Rat außerdem über die Fortschritte, die seit Mitte Oktober bei den Verhandlungen über das Paket erzielt worden sind. Die Minister äußerten sich auf der Grundlage eines Fragenkatalogs des Vorsitzes zu den folgenden Punkten im Zusammenhang mit der strategischen Programmplanung und der thematischen Konzentration:

– Optionen für den Status des gemeinsamen strategischen Rahmens und die Annahme dieses Rahmens;

– vorgeschlagener Rückgriff auf länderspezifische Empfehlungen als Instrument, um die Kohäsionspolitik auf die umfassendere Strategie Europa 2020 für Wachstum und Beschäftigung auszurichten;

– Ausgewogenheit zwischen thematischer Konzentration und Flexibilität für die Mitgliedstaaten und Regionen bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik.

Der Rat gelangte diesbezüglich zu einem weitgehenden Einvernehmen, wodurch es für den künftigen Vorsitz leichter werden dürfte, die Verhandlungen über diese Punkte rasch zum Abschluss zu bringen.

Zum einen wurde weitgehendes Einvernehmen sowohl über den Status des gemeinsamen strategischen Rahmens als auch über das Verfahren zur Annahme dieses Rahmens erzielt. Generell war man sich darüber einig, dass dieses strategiepolitische Dokument vom Europäischen Parlament und vom Rat gebilligt werden sollte, und die Mehrheit erklärte sich bereit, das Dokument als Anhang zu der vorgeschlagenen Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen für die Struktur- und den Kohäsionsfonds der EU anzunehmen.

Zum anderen waren sich die Minister weitgehend darin einig, dass es wünschenswert ist, die Ziele der Kohäsionspolitik und die Strategie Europa 2020 miteinander zu verknüpfen, wobei zugleich dafür gesorgt werden muss, dass die Besonderheiten der verschiedenen Regionen und Gebiete berücksichtigt werden. Hierzu schlug die große Mehrheit der Delegationen vor, dass dies nicht – wie von der Kommission vorgeschlagen – unter Rückgriff auf länderspezifische Empfehlungen, sondern vielmehr auf die nationalen Reformprogramme verwirklicht werden sollte. Dem lag die von den Ministern mehrheitlich vorgetragene Überlegung zugrunde, dass es besser wäre, soweit als möglich die bestehenden Mechanismen und nicht Instrumente mit einem kürzeren Zeithorizont zu nutzen, da dies eine jährliche Überprüfung der strategischen Dokumente erfordern würde, was einen überflüssigen bürokratischen Aufwand zur Folge hätte. Die Minister waren ferner der Auffassung, dass die nationalen Reformprogramme den besonderen Gegebenheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten besser Rechnung tragen als die länderspezifischen Empfehlungen.

Des Weiteren waren sich alle Delegationen darin einig, dass es notwendig ist, die verschiedenen kohäsionspolitischen Maßnahmen themenbezogen zu bündeln, und sie stimmten dem Konzept einer thematischen Unterteilung der verschiedenen Arten von Maßnahmen zu. Allerdings äußerte eine große Mehrheit Zweifel an den Mechanismen, die die Kommission in diesem Zusammenhang vorgeschlagen hatte. Zahlreiche Delegationen hielten es für wünschenswert, die Obergrenzen der Mindestzuweisungen für bestimmte Arten von Maßnahmen anzuheben; andere schlugen wiederum vor, es den Mitgliedstaaten zu überlassen, welche speziellen Arten von Maßnahmen aus der vorgeschlagenen Unterteilung sie auswählen. Es bestand weitgehendes Einvernehmen darüber, dass durch mehr Flexibilität bei der Berücksichtigung regionaler Besonderheiten und Unterschiede auf wirksame Art und Weise angemessenere Ergebnisse erzielt werden könnten; dies ließe sich weder durch einen Ansatz erreichen, der automatische Mindestzuweisungen auf EU-Ebene vorsieht, noch dadurch, dass allen Mitgliedstaaten einige wenige Arten von Maßnahmen vorgeschrieben werden.

Einige Delegationen brachten weitere Fragen in Bezug auf die Kohäsionspolitik zur Sprache, so etwa die Festlegung von Obergrenzen für Maßnahmen, die makroökonomische Konditionalität, die Fazilität "Connecting Europe" für die Bereiche Verkehr, Energie und Informations-/Kommunikationstechnologie sowie die noch zu verwendenden Beträge. Diese Fragen stehen im Zusammenhang mit dem mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Jahre 2014-2020, über den unter den nächsten beiden Vorsitzen zu beraten sein wird.

Die Minister setzten ihre Beratungen während des Mittagessens fort, wobei sie auch auf die Vorschläge der Kommission in Bezug auf die Konditionalitätsmechanismen eingingen, d.h. die positiven und negativen Anreize, die gewährleisten, dass die Kohäsionspolitik hochwertige Ergebnisse zeitigt.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

KEINE